



Sozialistische Wochenzeitung  
Zeitung der DKP

www.unsere-zeit.de

DGB und Bundeswehr

Aktive aus ver.di und GEW forderten ein klares friedenspolitisches Signal des 20. DGB-Bundeskongresses.

Seite 3

Fußball-WM – für wen?

Mehr als der Hälfte der brasilianischen Bevölkerung ist nicht danach ihrem Team zuzujubeln.

Seite 7

# unsere zeit

6. Juni 2014 · Nr. 23 · 46. Jahrgang

PVSt K 4956 D · Entgelt bezahlt · 2,80 €

2 Freitag, 6. Juni 2014

Wirtschaft und Soziales

unsere zeit 

## Schulterschluss mit Militär ist nicht vom Tisch!

### DGB-Bundeskongress beschließt Haltung zu Auslandseinsätzen

„Von diesem Kongress muss ein klares friedenspolitisches Signal ausgehen“, mit dieser Forderung empfingen Aktive aus ver.di und GEW die Delegierten des 20. DGB-Bundeskongresses. Denen lagen am fünften Kongresstag sieben Anträge zu Friedenspolitik vor: zur angekündigten gemeinsamen Erklärung von DGB und Bundeswehr, zu friedenspolitischen Forderungen und zu einer Kampagne 2014.

In seiner sehr engagierten, mehrmals von Beifall unterbrochenen Rede sprach der ver.di-Delegierte Stefan Dietl von einem seit Generationen unüberbrückbaren Interessenkonflikt mit der Institution Bundeswehr (und nicht mit den Beschäftigten), von der Entwicklung der Bundeswehr zur Armee im weltweiten Einsatz und von den Profiteuren dieser Kriege, die nicht selten diejenigen seien, die den Gewerkschaftern höhere Löhne verweigerten ... Aus all diesen Gründen dürfe es keine gemeinsame Erklärung von DGB und Bundeswehr geben!

Die Antragsberatungskommission hatte zuvor versucht, den Antrag gar nicht erst abstimmen zu lassen. Als das misslang, zogen Frank Bsirske (ver.di), Jörg Radek (GdP) und Reiner Hoffmann (neuer DGB-Vorsitzender) alle Register. Man solle offen sein und erstmal abwarten, was in einer solchen Erklärung thematisiert werde, dann könne man sich dazu verhalten, so der ver.di-Chef. Reiner Hoffmann plädierte für Gesprächsfähigkeit auch mit der Bundeswehr und gegen „Gesprächs- und Denkverbote“. Radek wurde deutlicher: er plädierte für Militäreinsätze als Mix aus Entwicklungshilfe, Frauenemanzipation und Brunnenbohren und bemühte die Bundeswehr als Helfer in allen Lebenslagen. Danach wurde der Antrag von den Delegierten abgelehnt. Der im Februar letzten Jahres versuchte Schulterschluss zwischen DGB und Bundeswehr ist also nicht vom Tisch!

Auch zum Antrag der GEW hatte die Antragsberatungskommission im

Vorfeld versucht, durch Änderungs- vorschläge Aussagen zu entschärfen und Forderungen „weichzuspülen“. Eine der entscheidenden Passagen konnte jedoch durchgesetzt werden. „Die Bundeswehr hat sich seit 1990 immer weiter von einer nationalen Verteidigungsarmee zu einer internationalen Interventionstruppe gewandelt. Zur Aufgabe der Bundeswehr gehört es nunmehr ausdrücklich auch, freie Handelswege, eine gesicherte Rohstoffversorgung sowie die Erschließung und den Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten zu sichern. Mit Friedenssicherung hat dies nichts zu tun. Der DGB lehnt die Beteiligung der Bundeswehr an derartigen Einsätzen ab...“ (*s. Beschluss U 007*).

In ihrer Rede betonte Marlis Tepe (GEW) die aktuelle Bedeutung und Unverzichtbarkeit dieser Passage unter Hinweis u.a. auf die jüngsten Äußerungen von Bundespräsident Gauck und Bundesverteidigungsministerin

von der Leyen. Wie schwierig die Konsensfindung war, belegen die Passagen zu den Organisationsrechten der Beschäftigten in der Bundeswehr und zum Schutz der Schifffahrtswege vor Piraterie, die zusätzlich aufgenommen wurden, obwohl sie eigentlich nichts in einem friedenspolitischen Beschluss zu suchen haben.

Der präziseste, aktionsorientierte Antrag (*U 010, DGB Baden-Württemberg*) wurde zum Schluss der Debatte nicht mehr behandelt, weil angeblich im GEW-Antrag enthalten. Unverständlich bleibt, warum dem nicht widersprochen wurde. So fielen Forderungen nach einem Ende der Rüstungsexporte, nach Rüstungskonversion und einer Absage an die Anschaffung von Kampfdrohnen, nach dem Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel und einer bundesweiten Friedenskampagne 2014 „unter den Tisch“.

Die Delegierten beschlossen aus aktuellem Anlass auch eine Resolu-

tion zur Ukrainekrise. So richtig ein Teil der beschlossenen Forderungen ist, der Analyseteil dieser Resolution ist bestürzend einseitig: Die aggressive NATO- und EU-Osterweiterungspolitik, das Erstarken faschistischer Kräfte und deren Verharmlosung und Stärkung durch die Anerkennung der Putschregierung in Kiew finden keine Erwähnung. Die Einheit der Ukraine sieht der DGB „durch separatistische Unruhen in den östlichen Landesteilen gefährdet“, dagegen wird die Verfolgung von Antifaschisten und die Diskriminierung der russischsprachigen Ukrainer nicht kritisiert. Unterstützt werden ausdrücklich die „nachhaltigen (!) Bemühungen des deutschen Außenministers“, „alle (!) am Konflikt beteiligten Parteien“ an einen Tisch zu bringen. Haben die Delegierten nicht bemerkt, dass der „Runde Tisch“ gar nicht rund ist?

Die friedenspolitische Debatte muss auch in den Gewerkschaften weitergeführt werden! **BK**